

---

Johann Philipp Freiherr von Bethmann

## Revolutionen und Reformen

---

*Johann Philipp Freiherr von Bethmann, geb. 1924 in Frankfurt/M., Banklehre und weitere praktische Ausbildung im In- und Ausland, war als Mitinhaber des Bankhauses Gebr. Bethmann bis 1983 Bankier. Er lebt als Publizist in Frankfurt/M. und ist Vorsitzender des Bürgerkomitees Paulskirche 1848.*

Revolutionen sind kein unabwendbares Schicksal. Revolutionen haben ihre Ursachen, politische im weitesten Sinne, Ursachen also, die vermeidbar wären und unschwer zu erkennen sind, allerdings zumeist im nachhinein. Das Versäumen rechtzeitiger Reformen schafft revolutionären Druck, der sich entladen muß.

War das Paulskirchenparlament 1848 die zwangsläufige Folge einer Revolution oder eine Reform mit revolutionären Begleiterscheinungen, ohne die echte Reformen gar nicht stattgefunden hätten? Stellte das Parlament eine mit Opfern errungene Reform oder eine „gescheiterte“ Revolution dar?

Viele sehen die Geschichte des 19. Jahrhunderts so: zunehmender Reformbedarf bei raschen Veränderungen der Lebensumstände (Industrialisierung). Bei alledem überholte dynastische Strukturen, die nur mit Gewalt aufzubrechen waren. Hinzu kamen für den größeren Teil des Volkes unvorstellbare Not und nackte Armut und damit Hunger, Haß und Hoffnungslosigkeit. Revolution lag in der Luft. Die Franzosen waren große Schritte weiter. Versäumte Reformen, gewiß - aber was sind Reformen?

Sind Reformen immer „gut“, und ist ihr Unterlassen damit „schlecht“? Um dies zu beantworten, muß man nach Maßstäben suchen, die eine „Bewertung“ der Politik ermöglichen. Was ist „gute“ und was ist „schlechte“ Politik? Die Antwort ist nicht ganz einfach, allein schon deswegen, weil die Menschen ganz verschiedene Ansichten über das „Glück“ haben, das zu gewinnen die Politik ermöglichen soll. Trotz aller Verschiedenheit unter den Menschen kann man dennoch einen Konsens herbeiführen über die wesentlichen Grundelemente der menschlichen Existenz, die es zu respektieren, zu wahren und zu erhalten gilt - als Voraussetzung für die Wahrung des inneren Friedens in der Gemeinschaft. Diese Grundelemente finden sich in den Verfassungen der meisten Länder, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentierung. Sie finden sich vor allem auch in den Parteiprogrammen der demokratischen Parteien.

In der Regel werden drei Grundelemente oder auch Grundsätze genannt, nämlich Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. So steht es auch zum Beispiel in den gültigen Programmen von SPD und CDU, und zwar wortgleich.

Was bedeutet dies für die praktische Politik, für die tägliche Arbeit an der politischen Meinungsbildung? Allzu leicht werden die Grundsätze als unverbindliche schöne Worte betrachtet, die bestenfalls zu Sonntagsreden gehören.

Die Unverbindlichkeit der hehren Ziele wird abgelöst durch verbindliche Postulate, wenn man die Grundsätze als konkret zu erbringende Leistung der politisch Verantwortlichen auffaßt. Dann werden aus den Postulaten konkrete Bringschulden und Aufgabenstellungen, an deren mehr oder weniger gelungener Erfüllung die Qualität der politischen Arbeit gemessen wird.

Politik ist oder sollte sein: Arbeit für eine humane Gesellschaft zu humanen Bedingungen. Politik wird für Menschen gemacht. Darum ist sie nach Maßstäben des Humanen zu bewerten. Diese Maßstäbe werden präzise und erschöpfend definiert mit den bereits genannten Grundsätzen, wobei „Solidarität“, weil dies kein politisches „Ziel“, sondern „nur“ eine erwünschte Verhaltensweise in der Gesellschaft der Regierten ist, durch den Begriff „Geborgenheit“ ersetzt werden sollte. Danach stellt sich das politische „Programm“ unter realistischen Bedingungen wie folgt dar: So viel Freiheit wie möglich. So viel Gerechtigkeit wie möglich. So viel Geborgenheit wie nötig.

Wenn man so formuliert, wird sofort erkennbar, daß die so definierte Aufgabenstellung nicht ohne Konfliktbewältigung zu erfüllen ist und nie als „erledigt“ oder vollendet betrachtet werden kann. Die Politik kann und muß auf das Ganze sehen, d.h. darauf achten, daß keines der genannten Postulate vernachlässigt wird. Beispiele für Konflikte: Zu viel Freiheit geht zu Lasten der Geborgenheit, zu viel Geborgenheit geht zu Lasten der Freiheit (die Geborgenheit des Gefängnisses).

Jede Generation muß sich der Daueraufgabe Friedenserhaltung in Freiheit neu stellen. Die Aufgabe ist nie vollendet. Sie kann nur gelöst werden mit Glaubwürdigkeit der politisch Handelnden und durch Demonstrationen des guten Willens, eingetretene Mißstände in der Gesellschaft anzugehen und zu korrigieren. Das setzt voraus, daß drohender Mangel an friedenserhaltender Stabilität erkannt und an der Wurzel, also an den Ursachen, angepackt wird.

Die korrekturbedürftigen Mißstände vor und nach 1848 beruhten eindeutig und in erster Linie auf einem gravierenden Mangel an Freiheit. Noch gab es allenthalben den Untertanen, der einer Obrigkeit zu gehorchen hatte und dem keine befreiende Verfassung die wichtigsten bürgerlichen Freiheiten garantierte. Diese Freiheiten mußten erkämpft werden, eine Aufgabe für Generationen. Dieser Kampf hat auch seine materielle Komponente. Es gibt eben auch die Unfreiheit der Hungrigen, von der sie zu befreien sind. Dieser Kampf, der auch materielle Befreiung erzielte, brachte als radikalste Konzeption die sozialistischen und kommunistischen Proletarierbewegungen der Mitte des 19. Jahrhunderts hervor. Kampf gegen die Ausbeutung der Ärmsten, Kampf um eine menschenwürdige Existenz für alle. Hier gab es nichts zu „reformieren“. Keine Befreiung vom Elend ohne Revolution.

Die Revolution ist aber auch unverzichtbar, wenn es um das andere Menschenrecht geht, um das Recht auf Gerechtigkeit. Die menschliche Gesellschaft ist von Natur aus voller Ungerechtigkeit. Kein Mensch ist dem anderen gleich. Jeder ist von Geburt her ein Ungleicher, ein Unter- oder Überprivile-

gierter. Müssen wir das hinnehmen? Wir dürfen das nicht hinnehmen. Hier stellt sich die weitere unverzichtbare Aufgabe für die Politik und für jeden einzelnen: Aus mitmenschlicher Verpflichtung müssen wir solidarisch politisch handeln, d.h. praktisch vor allem dafür sorgen, daß die Gräben zwischen den Unter- und den Überprivilegierten nicht immer größer, sondern vielfach überbrückt werden durch soziales mitmenschliches Handeln.

Wenn wir das tun, wenn wir den Bedürftigen helfen, dann tragen wir auch bei zur Erfüllung der dritten der genannten politischen Verpflichtungen, der Verpflichtung zur Geborgenheit. Der Mensch braucht zum Leben ein Minimum an Geborgenheit. Der Mensch lebt in der Welt wie ein Raumfahrer bei einem Raumspaziergang. Er braucht einen Raumanzug, der ihn schützt und überhaupt am Leben erhält. Dieser lebenserhaltende Schutz vor der tödlichen Umgebung vermittelt das Gefühl der Geborgenheit. Es ist unverzichtbar. Gute, menschengerechte Politik zeichnet sich dadurch aus, daß sie die Angst der Menschen vor dem Unheimlichen, vor dem fürchterlichen Unbekannten, nicht nimmt, sondern bändigt, kleiner und d.h. erträglicher werden läßt.

Was ist zu tun? Das Nächstliegende: Die Politik hat einen Beitrag zu liefern zum notwendigen Vertrauen in das Schützende und das Bergende, das sich aus dem Vorhandensein einer solidarischen Gemeinschaft ergibt. Das beginnt mit der so notwendigen Rechtssicherheit und endet noch lange nicht bei den vorsorglichen Regelungen der Sozialpolitik. Das Arbeitsrecht, das Rentenrecht und auch der militärische Schutz, also die Verteidigungspolitik, gehören dazu.

„Wenn es an der Wohnungstür klingelt, ist es im Zweifel der Gasmann und nicht der Kommissar.“ So sollte es sein. Heute ist es so bei uns. Einige Jahre lang - viel zu lange - war es anders, ganz anders, auch bei uns. Der Geist der Paulskirche war vertrieben, schon zerstört, fast 100 Jahre lang nach 1848. Heute sind wir wieder frei - seit mehr als 50 Jahren. Darum feiern wir die Geburtsstunde humaner, demokratischer Politik in Deutschland, einer Politik für Freiheit, Gerechtigkeit und Geborgenheit.

Und dennoch: Wir müssen wachsam sein. Haben wir genug Gerechtigkeit, bei 5 Millionen Arbeitslosen und in einer Gesellschaft, wo wieder die Reichen reicher und die Armen ärmer werden? Zur Geborgenheit gehören Freiheit und Gerechtigkeit. Eines nicht ohne das andere. Nicht vergessen: Versäumte Reformen bergen Gefahren, nicht nur gestern, sondern auch heute.